

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

27 (1.2.1922)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablesern abgeholt 11 M monatlich. — Einzelheft 50 s. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 6.50 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 431. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleile 2.20 M. Die Mehrzeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Dr. Rathenau Außenminister

Berlin, 31. Jan. Der Reichspräsident hat Herrn Dr. Walter Rathenau zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt.

Berlin, 1. Febr. (Privattelegr.) In der Ernennung Dr. Rathenau zum Außenminister wird gemeldet: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes durch Dr. Rathenau wird von der Fraktion der Deutschen Volkspartei als einen beachtlichen Vorstoß des Reichskanzlers gegen die von der Fraktion aufgestellten Voraussetzungen zum Steuerkompromiß angesehen. Infolgedessen besteht für die Fraktion angesichts der bevorstehenden endgültigen Verabschiedung des Steuerkompromisses wiederum volle Handlungsfreiheit.

### Um das Schicksal der deutschen Denkschrift

Paris, 31. Jan. Savas. Die Reparationskommission hat gestern den alliierten Regierungen die Denkschrift des Reichskanzlers Dr. Wirth mitgeteilt. In einem Begleitschreiben wird den Regierungen anheimgefallen, daß sie sich direkt über die deutschen Vorschläge äußern oder die Reparationskommission mit der Prüfung betrauen sollen.

### Eisenbahnerbewegung

Keine Verschärfung der Lage

Berlin, 31. Jan. Die durch das Ultimatum der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten geschaffene Lage hat sich bis zum heutigen Mittag nicht wesentlich verändert. Die übrigen Organisationsgruppen der Eisenbahner stehen dem ultimativen Vorgehen nur wenig sympathisch gegenüber. Die gegenwärtige Auffassung des Verbandes wird am besten illustriert durch die Worte seines Vorsitzenden, der am Samstag erklärte, daß der deutsche Eisenbahnerverband Gewalt bei Fuß stehe und bei Ausbruch des Streikes lediglich die Streikarbeit verhindern werde. Im übrigen sieht man die Lage nicht so schwarz an, sondern glaubt, daß die von den Nationalen inszenierte Bewegung im Sande verlaufen werde.

Berlin, 1. Febr. (Privattelegr.) Die gestrige Sitzung des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahnbeamten und Anwärter verlief wie die Vorgesandten nach einer Korrespondenz melden, außerordentlich hitzig. Die Oppositionsgruppe, die den Streik verurteilt, bezweifelte das Recht des erweiterten Vorstandes, über die Köpfe der Mitglieder hinweg einen Streik zu erklären, der nicht nur für die Beamten selbst die schwersten Folgen haben könnte. Nach Ansicht der gemäßigten Hauptvertreter sei das Angebot der Regierung durchaus annehmbar gewesen. Die Vertreter der Unterbeamten und Lokomotivführer erklärten dagegen, daß die Angehörigen der Regierung unannehmbar seien. Die Debatte, die um 2 Uhr begonnen hatte, wurde um 7 Uhr abends zu erregt, daß der Vorsitzende die Sitzung auf einige Zeit unterbrach. Wie der „Berl. Lokal-Anz.“ am Mittwoch erzählt, dürfte die Sitzung des Hauptvorstandes noch die ganze Nacht hindurch fortbauern.

Zu der Streikabsicht der Reichsgewerkschaft schreibt der „Vorwärts“ u. a., das Unternehmen werde, wenn es zur Ausführung gelange, von jedem Standpunkt aus, auch vom gewerkschaftlichen, vermieden werden müssen. Die Eisenbahner sollten den Kampf, in dem sie alles und alle gegen sich haben müßten, vermeiden. Für die berechtigten Wünsche, die ohne schwere Schädigung der Gesamtheit erfüllbar seien, werde sich die sozialdemokratische Partei mit aller Entschiedenheit einsetzen. Von der Regierung wird erwartet, daß sie zur Verständigung bereit sei, aber einem Diktat sich nicht beugen werde.

### Die Reichsregierung will unter keinen Umständen

Berlin, 31. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstages erklärte der Alt-Müller-Franken (Soz.), daß die Reichsgewerkschaft von langer Hand alle Vorbereitungen für den Streik getroffen habe. „Kaiserlicher Wauer“ behauptete die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatum, das 50 bis 60 Milliarden Reichsmark Inanspruchnahme verlangte. Jeder verständige und sich seiner Verantwortung voll bewußte Arbeitervertreter müsse sich gegen ein solches Ultimatum auf das deutsche Volkswohl wenden. Die Reichsregierung müsse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den ihr aufgelegten Kampf ausfechten.

### Verschiebung der Konferenz von Genua?

Paris, 31. Jan. In französischen Kreisen spricht man allen Ernstes von einer Vertagung der Konferenz von Genua. Man sucht es so herzustellen, als ob die italienische Regierung mit ihren Vorbereitungen nicht fertig sein könne. Auch die Minister Englands stehen der Frage der Vertagung ohne Bedenken gegenüber, da die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz dann bedeutend wachsen. In Wirklichkeit hat die französische Regierung die Absicht, erst zur Konferenz zu kommen, wenn alle Meinungsverschiedenheiten, die sich in letzter Zeit herausgestellt haben, beseitigt sind.

### Zusammenstoß mit Franzosen

Wien, 31. Jan. In der letzten Nacht entstand in Petersburg anlässlich der Durchsicherung eines Hauses nach Waffen eine Schießerei zwischen Russen und französischen Soldaten. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Wie verlautet haben die Franzosen 25 Verletzte und 2 Tote zu beklagen. Infolge dieses Vorkommens ist von der Interalliierten Kommission der Belagerungszustand für die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh verhängt. Von 9 Uhr abends müssen die Straßen von Passanten frei sein.

### Das Programm der englischen Arbeiterpartei

Eine Rede Hendersons

London, 31. Jan. Der Arbeiterführer Henderson hielt gestern nachmittag in Wandsworth eine Rede, worin er u. a. sagte: Trotz der amtlichen Widerprüfe sei er der Meinung, daß die Koalition schnell ihrem Ende entgegengehe. Zur auswärtigen Politik übergehend bemerkte er, wenn die Regierung nicht mit ähnlichen Ideen, wie sie seinerzeit in Versailles triumphiert hätten, nach Genua gehe, dann würde die Konferenz von Genua für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas sehr verheißungsvoll sein. Dem englisch-französischen Pakt könne die Arbeiterpartei nicht zustimmen, denn ein solcher würde möglicherweise andere Völker in einen Krieg hineinziehen, der die Folge einer Politik Frankreichs sein könne, auf die Groß-Britannien keinen Einfluß ausüben vermöge. Auch seien die militärischen Bündnisse mit den Grundzügen des Völkerbundes unvereinbar. Das Programm der Arbeiterpartei sei: Internationaler Friede, Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas. Die Arbeiterpartei wolle einen Völkerbund, in dem alle Nationen vertreten seien. Die Methode des Herrschen Rates mache die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens unmöglich.

### Anruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes an seine Mitglieder

J. G. B. Kameraden! Die aus den Hungergebieten Rußlands in den letzten Wochen einlaufenden Berichte überleben alle bisherigen Schilderungen des Elends. Erst jetzt wird das Ausmaß der Katastrophe im einzelnen übersehbar; ihre verheerende Wirkung wächst noch ununterbrochen.

Für zehn Millionen Erwachsene und Kinder gibt es keine Rettung, sie bleiben nach dem nun schon über ein halbes Jahr währenden qualvollen Entbehren des Schreidnisses des Hungers und einem sicheren Tode ausgeliefert, wenn nicht alle europäischen Staaten sich sofort und mit allen verfügbaren Mitteln zur Hilfe entschließen, die das Frühjahr die Rede in Rußland ungenügend gemacht hat.

Aus Rußland in Samara kommen grauenerregende Nachrichten. Die Hungererregten haben Katzen, Hunde und andere Tiere aufgefressen. Nun stellen sie menschliche Leichen nachts aus den Leichenhäusern, um ihren Hunger zu stillen. Die zivilisierte Welt darf nicht dulden, daß die Verzweiflung die Darben entmenscht und große Gebiete in entmenschte Wästen verwandelt.

Kameraden, die erste Sendung von 1200 Tonnen Lebensmittel und Kleidungsstücken, die von Eurem Lande für die Rußländer in Rußland gekauft worden sind, sind in Moskau eingetroffen und gelangen nun im Echnowasdistrikt zur Verteilung.

Der Stand der Versorgung mit Lebensmitteln und die gesundheitlichen Verhältnisse in diesem Gebiet sind Schrecken erregend. Die Sterbefälle haben die Geburten bei weitem überstiegen, da die Leute seit Monaten nicht Nachwuchs zu sich haben. Das körperliche Verfallen von allen fast ohne Ausnahme, besonders aber von den Kindern, macht einen furchtbaren Eindruck. Die Verdüsterung ist von einem Brot, das hauptsächlich aus Lehm, Wurzel und Getreide besteht; selbst an diesem erbärmlichen Ernt herrscht hier und da Mangel. Wenn es aufgebraucht ist, bleibt der Bevölkerung nichts übrig als Stroh von den Dächern und Baumrinde zu essen. Die Menschen sterben an Hunger und allgemeiner Körperverwilderung.

Viele Männer und Frauen leiden an unheilbaren Darmkrankheiten, die durch die widerlichen Nahrungsmittel hervorgerufen werden. Nur an dieser Krankheit sind seit Beginn der Hungersnot allein in diesem Distrikt über 2000 Menschen gestorben.

In einem Hospital in Tschoboscar, der größten Stadt dieses Distrikts, haben 90 Prozent der Säuglinge. Das sind Einzelheiten aus den Verhältnissen des Hauptkommisariats O'Grady, der selbst dieses Gebiet bereits hat.

Natürlich findet der Hunger seine Opfer vor allem unter den Kindern. Mindestens 108 000 Kinder sind den schlimmsten Entbehrungen preisgegeben. Von ihnen kann der Internationale Gewerkschaftsbund zunächst nur 40 000 helfen. Aber das ist nicht genug. In anderen nahezu 70 000 Kinder haben ohne Hilfe, zu weiteren Entbehrungen verurteilt. Ihre Leiden sind unbeschreiblich. Schon kommt es vor, daß Mütter ihre Kinder erdrosseln, um nicht mitleidlos mit ansehen zu müssen, wie sie verhungern. Die lokale und zahllose Vegetation der Dörfer ist aber eine bittere Notwendigkeit, solange nicht noch größere Summen von den Arbeitern Europas dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellt werden. Selbst diese begrenzte Hilfe kann nur dann bis zur endgültigen Überwindung der Hungersnot durchführbar werden, wenn die europäischen Arbeiter den selbstlosen Opfermut und die proletarische Hilfsbereitschaft, die sie in den letzten Monaten bewiesen haben, auch in den Schatten stellen durch neue Beweise kameradschaftlicher Treue.

Auf wen, Kameraden, wenn nicht auf Euch, soll die schwer geprüfte Bevölkerung dieses Gebietes rechnen? Sie ist ausschließlich auf Eure Hilfe angewiesen. Hunderttausend Kinder sind Euch anvertraut. Helft ihnen mit allem, was Ihr entbehren könnt. Bringt Euer Geld zu den Sammelstellen der Gewerkschaften. Rettet die russischen Kinder!

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

J. S. Thomas, Provinzialer Vorsitzender, E. Joubert, 1. Vizevorsitzender, G. Mertens, 2. Vizevorsitzender, E. Timmen, J. Dubouché, Sekretäre

### Das Steuerkompromiß

Ein Steuerkompromiß hat seine Schattenseiten, wie über einer Koalitionsregierung eben auch nicht die Sonne allgemeiner Zufriedenheit scheint. Wir geben zu, daß wir weit mehr erreichen wollten und daß wir, wie das in den meisten wirtschaftlichen Kämpfen der Fall ist, einen Teil der Forderungen streichen mußten. Wir haben seit einem halben Jahre die Erfassung der Schwere gefördert. Wir haben die Forderung aufgestellt, um steuerliche Gerechtigkeit herbeizuführen, um dem Gang der Rotenpresse Einhalt zu tun, um den Einfluß des Reiches auf die Wirtschaft zu stärken und um einen beträchtlichen Teil der Mittel zu bekommen, die wir für die Zwecke der Ausführung des Friedensvertrags gebrauchen.

Wir haben die Forderung aufgehoben und mußten sie auch nach Ansicht hervorragender tätiger Unabhängiger aufgeben, weil es ein Problem ist, das erst nach sorgfältiger Vermögensprüfung mit geistlicher Kraft verstanden werden kann. Das Reich braucht aber recht schnell große Beträge, denn der innere Etat muß in Ordnung gebracht und der Entente muß noch im Laufe dieser Woche der ernste Wille gezeigt werden, wie es seine harten Verpflichtungen erfüllen will.

Darum mußten wir nach einfacheren Mitteln Ausschau halten, um zu erreichen, daß den Weisenden ein weithin sichtbares Opfer auferlegt wird. Wir schlugen daher vor, eine Goldanleihe in der Höhe einer Milliarde aufzulegen und die Verzinsung und Tilgung den Vereinigungen von Industrie, Banken, Handel, Landwirtschaft und den Kapitalbesitzern zu übertragen. Der Antrag scheiterte; nicht zuletzt an der Schwierigkeit schnell die nötigen Garantiesicherungen zu schaffen, und weil in den eigenen Kreisen angenommen wurde, daß die neu geschaffenen Steuerorganisationen politisch gefährliche Machtfaktoren werden können. So kam nach harten Kämpfen eine Verständigung dahin zustande, daß im Etajahr 1922 eine Zwangsanleihe im Werte einer Goldmilliarde (das sind zurzeit rund 50 Papiermilliarden) aufgelegt werden muß. Die Anleihe wird vorläufig ausgegeben nach der Selbsteinschätzung zum Reichsnotopfer und sie wird endgültig umgelegt, wenn die neue Vermögenssteuereinschätzung zum Abschluß gebracht ist. Der besondere Erfolg besteht darin, daß die Anleihe in den nächsten drei Jahren völlig zinslos bleibt, und daß auch in den späteren Jahren nur ein Zinsfuß von 2 oder 2½ gegeben wird.

Das Reichsfinanzministerium verlangte ursprünglich neben den zahlreichen indirekten Steuern die Vermögenssteuer, die Vermögenswachstumssteuer, die Nachkriegsgewinnsteuer und die Körperschaftsteuer, und fand sich später noch bereit, vorzuschlagen, daß das zweite Drittel des Reichsnotopfers zur Einhebung gebracht werden soll und zwar stark abgemildert bei allen Vermögern, die weniger als zehn Millionen Mark betragen.

Es ist der Fähigkeit der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken, daß dafür die Zwangsanleihe erreicht worden ist. Der Erfolg wird gewiß dadurch etwas beeinträchtigt, daß die Nachkriegsgewinnsteuer fallen gelassen wurde, der Ausfall dürfte sich auf einige Milliarden Mark belaufen.

Die Vermögenssteuer, die in den nächsten 15 Jahren mit Zuschlägen erhoben werden soll, stellt die Erfüllung des Reichsnotopfers dar und dürfte, im Gesamtvertrag, einschließlich der neuen Zahlungen, die an Reichsnotopfer noch zu leisten sind, erheblich über das Reichsnotopfer kommen. Es ist in den Verhandlungen leider nicht gelungen, den Höchstzuschlag von 300 Prozent festzusetzen. Eine geschlossene bürgerliche Mehrheit hat es hier bei den Beschüssen des Reichsrats, nämlich 200 Prozent, belassen. Dagegen ist in den Verhandlungen erreicht, daß der stark gemilderte Tarif des Ausschusses durch einen günstigeren, auf mittlerer Linie, ersetzt worden ist. Leider mußten wir auch in der Forderung auf Zurundelegung des Gemeinwertes bei der Vermögensermittlung nachgeben. Zurzeit gilt der Ertragswert als Maßstab für die Vermögensfeststellung. Es steht außer Zweifel, daß in der Regel die Vermögern nach dem gemeinen Wert berechnet, weit höher sind.

Aber keine bürgerliche Partei war bereit, unsere Forderungen zu akzeptieren und deshalb mußten wir uns damit abfinden, daß in Zukunft der nachhaltige Ertragswert, bei dem die Erträge der letzten drei Jahre mit zu berücksichtigen sind, im Gelebe angenommen wird. Da die Vermögensabschätzung alle drei Jahre zu erfolgen hat und die Steuereinschätzungsausweise dahin streben werden, die Einkommen und Erträge der Landwirtschaft usw. stärker zu erfassen, ergibt sich von selbst, daß die Vermögern und damit auch die Vermögenssteuern in die Höhe gehen.

Bei der Vermögenswachstumssteuer, die ein Ergebnis erst im Jahre 1926 zeitigen kann, hatte auch der Ausschuss den Tarif stark gemildert. Die Milderung ist aber in den Verhandlungen fast wieder beseitigt.



Die Körperschaftsteuer, die bisher 10 v. S. betrug, beträgt nunmehr 20 vom Gesamtgewinn und 15 vom Hundert des verteilten Reingewinns.

Ein stark umstrittenes Streitobjekt war die Umsatzsteuer. Die sozialdemokratische Fraktion bestand mit Nachdruck darauf, daß die Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bei der Warenvermittlung durch die Genossenschaften ein Vermögensverlust überhaupt nicht erfolgt.

In den Verhandlungen mußte von uns die Absicht, die Befreiung der Genossenschaften zu erzielen, aufgegeben werden. Das Kompromiß daran nicht scheitern. Die Vereinbarung geht nun dahin, die Umsatzsteuer auf 2 Proz. zu erhöhen und die Kohlensteuer auf 40 vom Hundert.

Die Zuckerversteuer, die in Rücksicht auf die starke Belastung des Zuckers in Frankreich auf 100 Mark pro Doppelzentner erhöht werden sollte, ist auf unser Verlangen hin auf 50 Mark pro Doppelzentner festgesetzt worden.

Entgegen dem ursprünglichen Verlangen der Regierung sind an den Steuern für Zigaretten und Tabak und an den Hölzern für Kaffee, Kakao und Tee noch erhebliche Abschnitte gemacht und die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats angenommen worden.

Alles in allem genommen, darf von dem Steuerkompromiß gesagt werden, daß es eine günstige Wirkung auf den Wert der deutschen Mark ausüben muß und daß durch gerade die arbeitenden Schichten den Vorteil haben müssen, indem sie nicht noch stärker unter einer gewaltigen Preissteigerung zu leiden haben.

Personaleinschränkung bei der Eisenbahn und die Stellung des Reichswirtschaftsrats

Umfangreiche Personaleinschränkungen bei der Eisenbahn sind, wie die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz erfährt, vom Reichsverkehrsministerium geplant. Bei der Reichseisenbahn ist bekanntlich noch eine große Zahl überzähliger Arbeitskräfte beschäftigt, deren allmähliche Abstoßung im Interesse der Gefahrung der Eisenbahn immer wieder gefordert wird.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats vernahm, wie den V. B. N. mitgeteilt wird, am 24. Januar eine Reihe von Sachverständigen aus den Kreisen der leitenden Eisenbahnen- und Postbeamten sowie der Arbeitnehmerorganisationen der Reichseisenbahn und Post zu dem Entwurf einer Verordnung betreffend Minderung der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten

während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920, der für Eisenbahn und Post eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verfüzung der Arbeitszeit vor der Vornahme von Entlassungen nicht mehr verlangt.

Die Sachverständigen von Arbeitgebersseite (leitende Eisenbahn- und Postbeamten) sprachen sich übereinstimmend für die beabsichtigte Minderung der Verordnung aus. Die Eisenbahn arbeite mit einem erheblichen Verlust an Personal. Die einheitliche Durchführung der Arbeitszeitregelung habe sich aus betriebswirtschaftlichen Gründen als unmöglich erwiesen, sei auch in den Kreisen der Arbeiterschaft auf Widerstand gestoßen und habe außerdem eine Fülle von Beschwerden aus dem Publikum zur Folge gehabt.

Die Arbeitnehmerverbände nahmen seinen einheitlichen Standpunkt ein. Die Eisenbahner sprachen sich übereinstimmend gegen die Arbeitszeitregelung und für die Verordnung aus. Die notwendige Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe müsse zuerst berücksichtigt werden. Die Arbeitnehmer müßten aber fordern, daß Entlassungen nur unter Mitwirkung der unabhängigen Notwendigkeit erfolgen. Ein Teil der Arbeitnehmer der Post erkannte die Notwendigkeit von Entlassungen an. Es seien entschieden zu viel Beamte und besonders zu viel Hilfskräfte vorhanden.

Die Vertreter der Regierung haben dringend um Annahme der Verordnung. Die Arbeitszeitregelung habe sich als gänzlich ungewinnbringend erwiesen. Zudem sei der Arbeitsmarkt zurzeit durch einen Mangel an Arbeitskräften.

In die Sachverständigenversammlung schloß sich am 27. Januar eine eingehende Aussprache im Anschluß. Ein Antrag eines kleinen Teils der Arbeitnehmer wandte sich gegen die Annahme der Vorlage. Die Forderung eines Zeitlozes beweise noch nicht, daß die Sanierung mit dem Abbau des Personalmaterials zu beginnen habe. Vorher solle man eine Verabschönerung der der Industrie gewährten Preise versuchen.

Die Regierungsvorlage wurde darauf mit folgendem Zusatzantrag angenommen: Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats erachtet, daß die zur Erreichung größter Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe nicht nur auf die Arbeiter und unteren Angestellten beschränkt bleiben; es muß dafür gesorgt werden, daß dieser Sparmaßnahme bei allen Beamtenkategorien bis zu allen Ministerebenen durchgeführt wird.

Wie steht es mit dem Eisenbahnerstreik?

Das sog. Ultimatum der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnen hat die Öffentlichkeit stark beunruhigt. In der Presse wird die Vorgeschichte zu dem gewerkschaftlichen Schritt sehr verschiedenartig kommentiert. Es ist nicht zu verkennen, daß der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft durch

die vom erweiterten Vorstand gefassten Beschlüsse ziemlich festgelegt wurde und daß in der Not mit ernsthaften Kompromissen zu rechnen ist. Eines aber scheint die Reichsgewerkschaft übersehen zu haben, und zwar, daß eine Verständigung mit der eigenen Spitzenorganisation, dem deutschen Beamtenbund und den übrigen Eisenbahnerverbänden, die Voraussetzung für einen Erfolg der ganzen Aktion ist. Die Eisenbahnerverbände sind vor der Sitzung des erweiterten Vorstandes, in der der bestimmte Beschluß gefaßt wurde, nicht befragt worden und sollen scheinbar ganz übergangen werden. So hat z. B. in einer am 27. Januar stattgefundenen Verhandlung über das Arbeitszeitgesetz der einzig anwesende Vertreter der Reichsgewerkschaft die Erklärung abgegeben, daß die Reichsgewerkschaft über den Arbeitszeitgesetz weder mit den Gewerkschaften noch mit der Regierung verhandeln werde. Eine solche Erklärung scheint uns nur möglich, wenn die eigenen Maßnahmen so stark sind, daß auf die übrigen Organisationen verzichtet werden kann.

Unter solchen Umständen wäre eine Verständigung mit den übrigen Organisationen das Vernünftige gewesen, was vor der Einleitung der Aktion hätte geschehen müssen. Alle Eisenbahnerorganisationen nehmen zunächst eine abwartende Stellung ein, um zu sehen, was die Reichsgewerkschaft eigentlich beabsichtigt. Eine Entscheidung wird erst dann möglich sein, wenn der Deutsche Beamtenbund Stellung zu der augenblicklichen Situation genommen hat.

Unter solchen Umständen wäre eine Verständigung mit den übrigen Organisationen das Vernünftige gewesen, was vor der Einleitung der Aktion hätte geschehen müssen. Alle Eisenbahnerorganisationen nehmen zunächst eine abwartende Stellung ein, um zu sehen, was die Reichsgewerkschaft eigentlich beabsichtigt. Eine Entscheidung wird erst dann möglich sein, wenn der Deutsche Beamtenbund Stellung zu der augenblicklichen Situation genommen hat.

Der deutsch-liberale Mannheimer Generalanwalter vom 24. Jan. erlaubt sich folgende scharfe Beleidigung seiner Arbeiterleser: Ein „zeitgemäher“ Antrag Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung aufgefordert wird, durch einen sofort vorzuliegenden Gesetzentwurf den 9. November und den 1. Mai zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Man müßte wirklich nicht, welcher Antrag „zeitgemäher“ sein könnte. Das deutsche Volk wird noch mehrere Generationen, an den herabhängenden Folgen des 9. Novbr. zu tragen haben und der 1. Mai ist, soweit er das Sinnbild internationaler Verständigung sein soll, für Deutschland das größte Fiasko der Weltgeschichte. Nur eine unbedenkliche Winderkennung des deutschen Volkes würde nach den Erfahrungen der letzten Jahre heute noch richtig genug sein, um für diese beiden Tage

Badische Politik

Summendreißig!

Der deutsch-liberale Mannheimer Generalanwalter vom 24. Jan. erlaubt sich folgende scharfe Beleidigung seiner Arbeiterleser:

„Ein „zeitgemäher“ Antrag Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung aufgefordert wird, durch einen sofort vorzuliegenden Gesetzentwurf den 9. November und den 1. Mai zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Man müßte wirklich nicht, welcher Antrag „zeitgemäher“ sein könnte. Das deutsche Volk wird noch mehrere Generationen, an den herabhängenden Folgen des 9. Novbr. zu tragen haben und der 1. Mai ist, soweit er das Sinnbild internationaler Verständigung sein soll, für Deutschland das größte Fiasko der Weltgeschichte. Nur eine unbedenkliche Winderkennung des deutschen Volkes würde nach den Erfahrungen der letzten Jahre heute noch richtig genug sein, um für diese beiden Tage

Der Gemütskranke

von Anatole France in einer Bearbeitung von Leo Tolstoi (Fortsetzung folgt.)

Diese Verhaftung ward mit Gelächter von den Krämern und Gassenjungen aufgenommen. Sie entsprach den niedrigen und graufamen Instinkten der Menge. In diesem Augenblicke aber bahnte sich ein alter, schwarz gekleideter Herr, einen hohen Hut auf dem Kopfe, den Weg durch die Menge der Gassen. Er trat an den Schuttmann heran und sagte ihm mit ruhiger, sanfter aber fester Stimme:

„Sie haben sich geirrt. Dieser Mann hat Sie nicht beleidigt.“

„Kümmern Sie sich nicht um das, was Sie nichts angeht“, erwiderte der Schuttmann, ohne jedoch diesmal seine Worte mit Drohungen zu begleiten, weil er einen gut gekleideten Mann vor sich sah.

Mit größter Seelenruhe und Zurückhaltung bestand der alte Herr auf dem Gefassten. Da sagte ihm der Schuttmann, er möge seine Meldung beim Polizeikommissar machen.

„Ich soll gesagt haben: „Lob den Kühen!“ Oh! ...“ Eben als er diese seltsamen Worte sagte, kam aus dem Laden Madame Bahard, die Schusterfrau, mit dem Geld in der Hand. Aber der Schuttmann hielt ihn schon beim Kragen, und Madame Bahard stellte ihre vierzehn Sou wieder zurück in ihre Schürzentasche, weil sie der Meinung war, daß man einem Menschen, der von der Polizei ergriffen wird, seine Schuld nicht zu bezahlen brauche.

Als Crainquebille plötzlich begriffen, daß sein Karren aufgehalten, er seiner persönlichen Freiheit beraubt war, daß sich ein Ungrund vor ihm aufgetan und die Sonne für ihn erloschen, murmelte er:

„Nun, meinewegen!“ Beim Kommissariat erklärte der unbekannte alte Herr, daß er auf der Gasse durch einen außerordentlichen Anbruch von Fußwerkern aufgehalten, Zeuge des ganzen Vorganges gewesen sei. Er behauptete, der Schuttmann wäre durchaus nicht beleidigt worden, und hätte sich einfach geirrt. Darauf nannte er seinen Namen und seinen Stand: David Mathieu, Oberarzt im Hospital Ambroise-Pare, Ritter der Ehrenlegion.

Crainquebille blieb weiter verhaftet, brachte die ganze Nacht auf der Polizeiwache zu und wurde am andern Morgen im Arrestantenwagen ins Gefängnis gebracht.

Das Gefängnis war für ihn weder erniedrigend, noch war es ihm beschwerlich. Er ersahen es ihm als etwas Notwendiges. Eines fiel ihm darin besonders auf, es war die Sauberkeit der Wände und des Fußbodens.

Er sagte sich:

„Für so einen Ort ist es gar zu sauber hier. Wirklich, man könnte vom Boden essen.“

Allein geblieben wollte er sich mit seinem Labouret weitergeben, da sah er aber, daß dieses an die Wand geschmiebelt war. Laut gab er seiner Verwunderung darüber Ausdruck:

„Ist das aber schla! So was wäre mir niemals eingefallen, sicher nicht!“

Er setzte sich nieder und betrachtete mit Verwunderung sämtliche Gegenstände. Die Stille und Einsamkeit bedrückten ihn. Er hatte Rangeweile und war besorgt um seinen Karren, der mit Kohl, Rüben, Sellerie und Salat vollbeladen war. Belloommen fragte er sich: „Wohin mögen sie meinen Wagen gesteckt haben?“

Am dritten Tage kam zu ihm sein Advokat, Herr Bemerle, einer der jüngsten Mitglieder des Gerichtsrates.

Crainquebille verjuchte ihm den ganzen Fall zu erzählen, aber dies war keineswegs eine leichte Aufgabe für ihn, denn er war nicht gewohnt, mit Worten umzugehen. Vielleicht hätte er es auch mit einiger Hilfe gewagt gebracht; aber der Advokat schüttelte nur misstrauisch den Kopf zu allem, was der alte Mann sagte, blätterte in seinen Papieren und murmelte vor sich hin: „Oh, hm! ... davon sehe ich nichts in den Akten.“

Dann sagte er zu Crainquebille mit müdem Gesicht, indem er sich dabei den blonden Schnurrbart strich:

„Es wäre vielleicht in Ihrem eigenen Interesse besser, wenn Sie alles eingestehen, ich meinetfalls halte Ihre Art, alles leugnen zu wollen, für dumm.“

Vielleicht hätte Crainquebille wirklich jetzt alles gestanden, wenn er nur geknaut hätte, was er gestehen sollte.

Der Herr Präsident Bourrice hatte ganze sechs Minuten dem Herr Crainquebille gewidmet. Dieses Verhör hätte vielleicht mehr zur Klärung der Sache beigetragen, wenn der Angeklagte auf die ihm gestellten Fragen geantwortet hätte. Aber Crainquebille war nicht an das Reden gewöhnt, auch hatte ihm

in solcher Gesellschaft Angst und Respekt den Mund geschlossen. So schwieg er denn, und der Präsident selbst gab die Antworten; sie bestätigten die Anklage. Inlekt sagte er:

„Sie gestehen also, daß Sie „Lob den Kühen“ gesagt haben.“ Inlekt drangen aus der Kasse des Angeklagten Crainquebille Worte, die an das Geräusch von altem Eisen und gebrochenen Glasstücken erinnerten.

„Ich habe „Lob den Kühen“ gesagt, weil der Herr Schuttmann „Lob den Kühen“ gesagt hat. Nur da hab ich „Lob den Kühen“ gesagt.“ Er wollte zu vertuschen geben, daß er von solcher unverständlichen Beschuldigung betroffen und Ionius geworden, die schredlichen Worte wiederholt habe, deren er fälschlich beschuldigt wurde, und die er, selbstverständlich, nicht gesagt habe.

Aber Herr Präsident Bourrice hatte ihn anders verstanden. „Sie wollen behaupten“, sagte er, „daß der Schuttmann zuerst diese Worte ausgesprochen hätte?“

Crainquebille verzichtete auf eine Antwort. Das war ihm zu schwer.

„Sie bestehen nicht darauf. Und haben dazu die besten Gründe“, sagte der Präsident. Er ließ die Zeugen holen.

Der Schuttmann Nr. 64, mit Namen Vastian Matra, schwor, daß er die Wahrheit, die Wahrheit allein sagen werde. Dann erklärte er folgendes:

„Als ich am 20. Oktober um ein Uhr nachmittags meinen Dienst machte, bemerkte ich auf der Montmartrestraße einen Mann, der mir ein Gemütskranke zu sein schien. Sein Karren stand geschwellig auf einer Stelle vor dem Hause Nr. 338, was den Anlaß zu einem Anbruch von Fußwerkern hier gab. Ich habe ihn dreimal aufgefordert, er möge weiterfahren, aber es weigerte sich mir zu gehorchen. Als ich ihn darauf aufmerksamer machte, daß ich ein Protokoll aufnehmen, da sagte er: „Lob den Kühen“, was ich für sehr beleidigend hielt.“

Diese einfache und gedrungene Erklärung wurde vom Tribunal mit förmlichem Wohlwollen angehört. Zur Verteidigung wurden Madame Bahard, die Schusterfrau, und Herr David Mathieu, Oberarzt im Hospital Ambroise-Pare, Ritter der Ehrenlegion, vorgelassen. Madame Bahard hatte nichts gesehen und nichts gehört. Doktor Mathieu befand sich in der Menge, die sich um den Schuttmann gebildet hatte, als dieser den Gemütskranke zum Weiterfahren aufzuforderte. Seine Aussage hatte einen kurzweiligen Zwischenfall hervorgerufen. (F. folgt.)



feierlich aufzubringen. Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes streicht sie schwarz im Kalender an. Unter diesen Umständen ist der sozialdemokratische Antrag eine Leistung, deren sich keine Urheber sowohl als Deutsche wie auch als Demokraten auf's tiefste schämen sollten. Es ist auch gar kein Zweifel, daß ihnen eine Mehrheit des Reichstags diesen Antrag vor die Füße werfen wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiß sicher, wie die Dinge liegen. Wenn sie trotzdem einen solchen Antrag zu stellen wagt, so verfolgt sie damit einen bestimmten Zweck. Und der kann nur darin liegen, daß man sich bei den Unabhängigen einschmeicheln und sie bei der Stange halten will. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beweist durch die Einbringung ihres Antrages, daß sie eine Erweiterung der Regierung nach rechts nicht will, denn ein solcher Antrag schlägt den Gedanken der großen Koalition in Scherben. Dem Zentrum glaubt die Sozialdemokratie offenbar alles zumuten zu dürfen, sonst würde sie sich doch etwas besonnen haben, ehe sie ihren Inaktiven Antrag einbrachte.

Jede weitere Bemerkung über diesen giftigen Sclim erübrigt sich. Der Leser wird sich nur darüber ärgern, daß noch so viele Arbeiter diese Generalanzeigerpresse unterstützen. G. n.

**Brennholznot und Teuerung**

Durch die Presse des Landes laufen eine Anzahl Notizen über die bei Versteigerungen erzielten außerordentlich hohen Brennholzpreise. Die von den Forstbesitzern angelegten Anschlagpreise werden von den Holzgebern in bisher nicht gekannter Weise überboten. Als eine der Ursachen für diese Erscheinung ist sicherlich die allgemeine Brennholznot anzusehen, die naturgemäß auf dem blauen Land, weil hier die Kohle soviel weniger schwachen Eingang fand, härter in die Erscheinung tritt wie in den Städten. Als eine weitere Ursache aber dürften wohl die heute stärker verfügbaren finanziellen Mittel angesehen sein, über die ein Teil der Landwirtschaft verfügt. Und endlich werden die Brennholzpreise auch durch eine gewisse Spekulationsabsicht hinaufgetrieben, die bei Personen festzustellen ist, die bisher gewohnt waren, Brennholz nach der Schwelt auszuführen. Die Ausfuhr von Brennholz nach dem Auslande ist bekanntlich in Süddeutschland a. H. verboten.

Finanzielle Geschäftsleute glauben nun, im kommenden Frühjahr sei die allgemeine Brennholznot überwunden und dann dürfe man das mittlerweile aufgekaufte Brennholz wieder nach der Schwelt ausführen. Dabei werden sich aber diese Spekulationen verrechnen. Eine Grenzsperr für diese Artikel und für alle Dauer ist selbstverständlich nicht möglich; allein es kann auch ohne die Grenze wieder geöffnet wird, der Fall eintreten, daß Reich und Staat sich über die bei der Brennholzausfuhr zu machenden Gewinne entsprechend verständigen, was zur Folge haben wird, daß für den Privaten, der für die Zukunft erhoffte Gewinn ausbleibt.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind hierüber a. H. zwischen der Landes- und der Reichsregierung Verhandlungen im Gange. Wer sich vor Schaden bewahren will, verlaufe seine Brennholzdepot an die Bedrängten im Lande.

\* Zum Fall Baumann. Nachdem das Oberlandesgericht in dem bekannten Rechtsstreit zugunsten des Amtmanns Baumann entschieden hatte, hat das Staatsministerium unterm 13. Januar 1923 die Entlassung des Genannten aus dem Staatsdienst zurückgezogen und ihn zum Bezirksamt Ludwigsburg versetzt. Beim Dienstreitritt hat Amtmann Baumann erneut die Leistung des Dienstes verweigert. Das Ministerium des Innern hat deshalb den Beamten vom Dienst entbunden und das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet. Die Entscheidung steht nunmehr dem Disziplinarhof zur Verfügung. Die Disziplinarhöfe kommen also nicht darum herum, nachdem die Kollegen von der anderen Fakultät sich so famos aus der hiesigen Affäre zu geben verstanden, klipp und klar zu entscheiden, wie sie sich einem Staatsbeamten gegenüber stellen, der wohl sehr gerne die Gelder des Staates einstreift, sonst aber von diesem Staate nichts wissen will und es ablehnt, den Eid auf die Verfassung zu leisten.

Das Bauprogramm der Redaktionslieferung. Die Mannheimer Handelskammer hatte an das badische Arbeitsministerium eine Eingabe gemacht, in der Auskunft erbeten wurde über das Bauprogramm, nach dem auf badischer und württembergischer Seite der Ausbau der einzelnen Stufen des Redaktionsanlasses erfolgen soll. Das Arbeitsministerium antwortete, es sei zutreffend, daß Verreibungen bestehen, außer der in das erste Bauprogramm der Redaktionslieferung aufgenommenen Stufen Ludwigsburg und Weiblingen und fünf württembergische Stufen, noch zwei weitere Stufen in Württemberg in Angriff zu nehmen. Diese Verreibungen seien auch kürzlich bei der Erörterung im Bauauschuß des Aufsichtsrats der Redaktionsverwaltung, hervorgerufen. Der Bauauschuß habe indessen im Hinblick darauf, daß zur Zeit für diese Bauten erforderlichen Mittel mit etwa 150 Millionen Mark nicht zur Verfügung stehen, die Jurisdiktion der Ausführung beschloßen, bis mit den unmittelbaren interessierten Gemeinden, der württembergischen Regierung und der Stadt Stuttgart über die Frage der Geldebeschaffung verhandelt worden ist. Eine Vertretung der für die Stufen Ludwigsburg und Weiblingen zur Verfügung stehenden Mittel sei somit nicht zu befristet.

Die „Grundauslieferung“ der Eisenbahngeneraldirektion. Man schreibt uns: Die Reichsregierung hat in Berlin entschieden, den Wochenauslieferung für deutsche Bahnhöfe best. sich seitlich mit der badischen Generaldirektion, indem sie die Grundauslieferung bei der Aufstellung der Verordnungen stellen und Stellenübernahme vorwirft. Bei der Vorlage des 7. Nachtrages zum Haushaltsplan 1920 an den Landtag sei ein merkwürdiges Experiment vorgenommen worden, durch dessen Ausführung eine ganze Reihe älterer Beamten zugunsten jüngerer derselben Dienstamtes auf Lebensdauer „betrogen“ worden seien. Der Herr Präsident der Generaldirektion aber preise auf Verfassung und Staatsrecht und lehne das beantragte Schicksal ab, das die Angestellten ordnen sollte, einfach ab. Punkt! Ob man sich darüber wundern sollte? — Gibt es doch Leute, die gemeinlich unbedauer Männer am liebsten durch den Staatsbankrott an die Kette legen, etwa unter ergebener Mitwirkung irgendeines getreuen Feindes, der durch seine sonstigen „Tugenden“ fast landbekannt ist. —

Warnung vor dem Reichstadium. Der Jubel zum Reichstadium, der nach Kriegsende in erhöhtem Maße sich bemerkbar machte, hat nunmehr einen geradezu besänftigenden Umschwung angenommen. Die Zahl der im letzten Sommer geführten an den deutschen Unversicherten eingeschriebenen holländischen Studierenden der Rechtswissenschaft hat mit 679 den höchsten Stand erreicht. Dementsprechend ist auch die Zahl der Rechtspraktikanten die im vorangehenden Jahre die erste juristische Staatsprüfung in Baden bestanden haben, außerordentlich groß. Sie betrug nicht weniger als 91. Da der starke Andrang auch jetzt, volle 8 Jahre nach dem Kriege, noch anhält, kann er nicht mehr allein auf die Mängel der zum Studium verbindlichen Kreislaufes zurückgeführt werden. Vielmehr scheint im Kreise der Praktikanten die Auffassung zu bestehen, daß sich den jungen Juristen gute Aussichten böten. Diese Auffassung entspricht, soweit der Staatsdienst als auch der Rechtsanwaltsberuf in Frage kommen, nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Sowohl im höheren staatlichen Justizdienst, als auch im höheren staatlichen Dienst der inneren Verwaltung wird der Bedarf an Anwärtern für die kommenden Jahre nur sehr gering sein. Auch

die Rechtsanwaltschaft ist schon seit Jahren überfüllt und kann ohne Gefährdung der Existenz der Rechtsanwältt keine erhebliche Zunahme mehr ertragen. Unter diesen Umständen muß von dem Reichstadium mit aller Entschiedenheit abgeraten werden.

**Deutscher Reichstag**

**1. Lesung des Haushaltsplanes (zweiter Tag).**

21. Berlin, 31. Jan. (Tel.) Am Regierungstisch Dr. Hermann Brüning eröffnete die Sitzung um 12.00 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge. Alsdann wird die Aussprache über den Haushaltsplan fortgesetzt.

Abg. Dietrich-Waden (Dem.) begründete die in Aussicht genommene innere Anleihe. Eine Ordnung der Finanzen ohne grundsätzliche Änderung der Reparationsverpflichtungen ist unmöglich. Innerhalb des Reiches ist viel zu groß. Ein anderer Geist muß in die Beamenschaft. Die Beamten sind mitschuldig und haben vielfach ihre Zeit ab. Viele Verfügungen sind außerordentlich unverständlich. Der Redner schiedert als Beispiel unter allgemeiner Heiterkeit das Schicksal eines Postes und alle Anstellungen beschrieb, die es im deutschen Reich gibt. Das Post ging von einer Woche zur anderen, bis die Aktien verloren waren. Am 31. Dezember 1921 gelangte es mit einem Minusgewicht von 80 Hektolitern an seinem Bestimmungsort an. Die Beamten sollten sich einprägen, daß hienische Arbeit eine Demut- und keine Eitelkeit ist. Das Reichsministerium ist überfüllt. Der Redner weist nach, daß in diesem Etat noch Stellen gefüllt werden, die längst nicht mehr vorhanden sind. Ein Heizer wird angestellt, obwohl an dem Heiz. Was keine Heizanlage ist. Ein Direktor, der wegen Verletzung im Januar 1921 befristet wurde, ist in seinem Amt belassen worden (Hör. hört!). Solche Vorgänge müssen den Glauben der Bevölkerung an den Staat erschüttern. Die Eisenbahn darf nicht entstaatlicht werden; sie muß aber kaufmännisch neu aufgebaut werden. Der einzige Weg zur Besserung ist eine Steigerung der Produktion. Der Redner verlangt die Förderung des ländlichen Bauwesens und Sicherung des Hausbesitzes. Vorkenswert sei, daß sechs Zehntel in Preußen aller unterstellten Erwerbslosen in Berlin sind. Der Redner warnte die Beamenschaft entschieden vor einem Streik. Eisenbahnbeamte dürfen ihre Pflicht dem Staate gegenüber nicht verweigern. Die Eisenbahnverwaltung sollte das Zeitungsdruckpapier in eine niedrigere Tarifklasse bringen, um der Not der Zeitungen zu steuern. Maßnahmen sind notwendig zur Erhaltung des Mittelstandes.

Abg. Gering (Ztr.) weist darauf hin, daß überall im Lande Sparanstalten gegründet werden, tatsächlich sei aber von Sparanstalten wenig zu bemerken. Die Kriegsgeldbesitzer müssen endlich ausgelöst werden. Der Redner warnt ebenfalls die Eisenbahn vor einem Streik und bittet die aufstrebende Jugend, die in Eisenbahnen ihren wirtschaftlichen Fortschritt suchen, sich nicht von den ungesicherten Summen die für die Besatzungsbedürfnisse am Meist bezahlt werden müssen, kenne viel Not und Elend kennen zu lernen.

Abg. Fenne (C. F.) erklärt, die Staatsverwaltung der Eisenbahnen sei angesichts ihrer wirtschaftlichen Not durchaus berechtigt, den Tarif zu erhöhen. Von Sparanstalten ist hingegen etwas zu bemerken. Herr Derrmann sei nicht Minister für Ernährung, sondern gegen Ernährung.

Abg. Gering (Ztr.) erklärt, die Regierung hat die Verantwortung für das Brot nur noch bis August dauert. Die Preise für das Umlagegetreide sind nicht erhöht worden. Die Verteuerung des Brotes ist also nicht zugunsten der deutschen Landwirtschaft erfolgt. Wir können unterer Brotversorgung mit Aufse entgegengehen. Bei der Reichsgetreidestelle ist große Sparanstalt beobachtet worden. Entschieden weist ich die Behauptung zurück, daß bei der Umwandlung der Kriegsgeldbesitzer in Reichsgeldbesitzer eine Korruption schlimmster Art stattgefunden sei. Ein vernünftiger Abbau der Zahl der Beamten werde angestrebt.

Ein Antrag Koenen (Komm.) in der Mittwochsitzung von der Regierung eine Erklärung über den angeordneten Eisenbahnstreik zu verlangen, wird abgelehnt. Schluß 7 Uhr.

Das Haus verläßt sich auf Mittwoch 1 Uhr. — Tagesordnung: Weiterberatung, kleinere Vorlagen.

**Der verpfändete deutsche Goldschatz**

22. Berlin, 31. Jan. Am Hauptauschuß des Reichstages erklärte Reichsbankpräsident Davenstein auf eine Anregung des Abg. Dr. Nieber, daß die Reichsbankverwaltung zwecks Devisenbeschaffung durch Unterlegung eines Teiles ihres Goldbestandes bereits mit der Bank von England Vereinbarungen getroffen habe. Als Darlehensgeber können die Bank von England und eine Zentralnotenbank eines anderen Landes in Betracht. Das in die Bank von England zu überführende Gold soll nicht zu langfristigen Krediten zu Reparationszwecken benutzt werden, sondern nur für Kredite vorübergehender Art. Auf die in der Presse geäußerten Bedenken bemerkte der Präsident, daß die Bank von England sich dafür verbürgt habe, daß jederzeit auf Verlangen die Bilanz zur Wiederausführung des deutschen Goldes gewährt werden würde.

**Soziale Rundschau**

**Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden**

Der Arbeitsmarkt zeigt gegenüber der Vormode wiederum eine Verschlechterung, die in einer Zunahme der Zahl der unterstellten Erwerbslosen (von 1347 auf 1618) zum Ausdruck kommt. Der Hauptanteil entfällt hierbei auf das Baugewerbe.

Einsparungen sind erfolgt in einer Zigarettenfabrik, betroffen wurden 19 Männer und 18 Frauen, sowie in einer Sportfabrik, betroffen wurden 16 Männer und 3 Frauen.

Betriebsverweiterung ist erfolgt in einer Lederfabrik. Eingestellt wurden 40 Männer.

**Der Obstruktionsantrag gegen das Arbeitsnachweisesgesetz**

Der Reichstagsauschuß für soziale Angelegenheiten beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Entwurf eines Arbeitsnachweisesgesetzes. Die Sozialdemokraten erklärten sich für eine möglichst zweckmäßige Regelung des Arbeitsnachweises. Von den bürgerlichen Parteien verurteilte das Zentrum den von dem Zentrumsmittler Dr. Braun vorgeschlagenen und zur Annahme dringend empfohlenen Entwurf. In erster Linie trug hierzu die Furcht bei, daß die Zentrumsarbeiter durch die freigewerblichen Arbeiter dergestalt werden könnten. Gen. Wollenbaur stellte demgegenüber die bekannten Mängel im Arbeitsnachweisesgesetz und erinnerte daran, daß schließlich auch das Zentrum die Notwendigkeit einer Neuregelung dieser wichtigen sozialen Einrichtungen anerkannt hat. Tatsächlich kann das

Zentrum keine ernsthaften Gründe vorbringen, die beweisen, daß im Arbeitsnachweisesgesetz nichts geändert werden soll. In Wirklichkeit beabsichtigt man eine Verschleppung, die dadurch klar zum Ausdruck kam, daß der Antrag gestellt wurde, die weitere Beratung des Entwurfes solange zurückzustellen, bis die Vorlage des Gegenentwurfes über die Arbeitslosenversicherung eingegangen ist. Eine solche Vorlage ist im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet und dann veröffentlicht worden. Sie hat aber einen derartigen Widerspruch hervorgerufen, daß kaum die Zeit abgesehen ist, wo der Entwurf dem Reichstage zugeht. Sämtliche bürgerlichen Parteien stimmten dem Antrag zu. Der Vertreter des Ministers wies darauf hin, daß das Arbeitsnachweisesgesetz bis zum 30. April ds. Jrs. fertig werden muß, weil mit diesem Tage die jetzige Regelung des Arbeitsnachweises durch die Demobilisierungsgesetzgebung außer Kraft tritt. Wenn nichts geschieht, werden nicht nur nicht die jetzigen Einrichtungen entsprechend den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen verbessert, sondern manche Arbeitsnachweisesstelle ist nicht mehr zu halten, selbst solche, die geradezu unentbehrlich sind. Schon wächst die Zahl der Arbeitslosen. Eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist leider in den nächsten Monaten zu erwarten. Deshalb muß wenigstens der Arbeitsnachweises zweckmäßig ausgearbeitet sein, bevor unter allen Umständen verabschiedet werden. Wie sich die bürgerlichen Parteien zu ihrem Obstruktionsantrag stellen werden, wird sich erst in der Fortsetzung der Beratung zeigen.

Die Gehaltsverhältnisse der Redakteure. Anlässlich der Landesversammlung des Augustinervereins zur Pflege der katholischen Presse, die in Baden-Baden stattfand, brachten die anwesenden Redakteure durch Redakteur Wahl (Badischer Beobachter) eine einstimmig angenommene Resolution zur Kenntnis der Versammlung in der eine Anpassung der Gehaltsverhältnisse an die fortschreitende Teuerung gefordert wurde. Die Versammlung, der auch verschiedene Zeitungsverleger anwohnten, beschloß einstimmig die Wünsche der Redakteure der Versammlung des Vereines südwestdeutscher Zeitungsverleger, die in Offenburg stattfand zu übernehmen.

**Bewerkschaftliches**

**Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft**

Auf dem Gauhiro des Deutschen Landarbeiter-Verbandes Karlsruhe, Wilhelmstraße 69, wird uns geschrieben:

Die stark herabgeminderte Kaufkraft des Geldes zwang die organisierten Landarbeiter Lohnforderungen zu stellen. Am 17. Januar traten erstmals in Freiburg die Unterhändler der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Verhandlungen zusammen. Die Arbeitgeber hatten jedoch dem Lohnvorschlag der Arbeiter einen vollständig unannehmbaren Gegenvorschlag unterbreitet. Trotz stundenlangender Verhandlung war eine Einigung nicht möglich. Die Verhandlungen mußten vertagt werden.

Am 24. Januar traten die Unterhändler erneut in Karlsruhe zusammen. Nach neunstündiger Verhandlung wurde man sich in der Lohnfrage einig. Es wurden folgende Spitzenlöhne vereinbart: a) Wochenlöhner: Männliche (Ameide): M. 1 140 M., M. 2 125 M., M. 3 110 M.; Weibliche (Mägde): 90 M. bzw. 80 M., bzw. 70 M. b) Stundelöhner: für männliche über 21 Jahre 6 M. bzw. 5,20 M., bzw. 4,70 M.; für weibliche über 21 Jahre 3,70 M. bzw. 3,30 M., bzw. 2,90 M. Handwerker, gelehrte Gärtner erhalten zu diesen Löhnen 25 Proz. Mehrbedechnie, Schweizer und Metzler 10 Proz. Zuschlag.

erner werden für folgende Orte nebenstehende Zuschläge gewährt: Für Betriebe in den Amtsbezirken Mannheim und Schwetzingen 20 Proz. M. 1 und 2. Weinheim, Heilbronn, Karlsruhe, Sinsheim, Mosbach 15 Proz., Brudersal, Durlach, Breiten, Eppingen, Freiburg, Donaueschingen 10 Proz.

Zur Beratung der allgemeinen Tarifbestimmungen wurde eine Kommission bestimmt, welche ihre Arbeiten am Montag, den 30. Januar, wieder aufnimmt. Trotzdem mancher berechtigter Lohnwunsch der Kollegen und Kolleginnen nicht erfüllt werden konnte, müssen wir aber doch sagen: die organisierten Landarbeiter und Arbeiterinnen haben alle Ursache sich ihres Erfolges zu freuen. Wenn es aber noch besser werden soll, so müssen die vielen Unorganisierten sich dem Deutschen Landarbeiter-Verband anschließen.

**Gerichtszeitung**

Ein Brandstifter. Das Schwurgericht in Konstanz verurteilte gegen den 43jährigen Arthur Spemann aus Berlin, der zuletzt in Talhof (bei Engen) wohnte, wegen Brandstiftung. Der Angeklagte ist schon 3mal vorbestraft und zwar darunter einmal zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Brandstiftung. Am 4. Dezember v. J. hat er die Spitalstraße in Engen, in die auch eine Wohnung eingebaut war, angezündet, wodurch das ganze Anwesen abbrannte. Das Schwurgericht verurteilte ihn wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Ein Diebstahl. Vor der Strafkammer in Karlsruhe hatten sich wegen schweren und einfachen Diebstahls folgende drei Personen zu verantworten: Der 35 Jahre alte Angeklagte Johann Kalmbacher aus Roden, der 30 Jahre alte Kaufmann Friedrich Barth aus Söllingen und der 30 Jahre alte Kaufmann Albert Seitz aus Karlsruhe. Die Angeklagten, die in vollstem Umfang geschäftlich waren, hielten am Abend des 23. September 1919 über die 25 Meter hohe Gartenmauer des Anwesens eines Kunstmalers in der Bismarckstraße in Karlsruhe ein, ertraben die verschlossene Eingangstüre zur Wohnung und öffneten dort verschiedene Schränke und Behälter. Die drei Angeklagten nahmen aus der Wohnung Gegenstände im Wert von 3000 M. mit, und zwar verschiedene Medaillen, Orden, Silber- und Alpacagegenstände, eine große Anzahl Herren- und Damenkleider, Pelze, Stiefel, Operngläser, Uhren usw. Einen zweiten Einbruch verjuchten die beiden Angeklagten Kalmbacher und Seitz am 24. Sept. 1919, abends 10 Uhr, wobei Barth Wache stand. Die Täter ließen jedoch von ihrem Vorhaben ab, da sie sich von der Wache entdeckt glaubten. Schließlich wird der Angeklagte Kalmbacher beschuldigt, daß er in der Zeit vom Dezember 1919 bis August 1921 in Karlsruhe und Raftat sechs Raubtäter im Gesamtwert von 5000 M. entwendete; außerdem war er noch des Vergehens gegen die Verordnung betr. Abfertigung von Herabgegebenen angeklagt, da er noch im August 1921 einen Karabiner und eine Schere im Besitz hatte, die eingezogen wurden. Ein Teil der übrigen gestohlenen Gegenstände konnte wieder beigebracht werden. In der Verhandlung wurden zwei Zeugen vernommen. Das Gericht erkannte gegen Kalmbacher auf 1 Jahr sechs Monate Gefängnis, abzgl. 10 Wochen Untersuchungshaft, gegen Barth und Seitz auf je 8 Monate Gefängnis abzüglich 1 Woche Haft.

**Kleine Nachrichten**

22. Berlin. Die kleine Gemeinde Tinstan hat dem Reichsfinanzauschuß für Oppan den erheblichen Betrag von 13500 M. zur Verfügung gestellt.

Augsburg. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag ist in dem wegen seiner bedeutenden Sammlungen weit bekannten Maximilian-Museum ein schwerer Einbruch verübt worden, wobei zahlreiche alte Augsburger Goldmünzen, namentlich Dukaten, und goldene Ringe, im Gesamtwert von 1 Million Mark entwendet worden sind.



München. Vom Landesgericht München wurden gestern 12 Angeklagte wegen vollendetem Versuch der Kindesabtreibung zu Gefängnisstrafen von 4 bis 6 Monaten verurteilt. Die Verhandlungen mit den übrigen 81 Angeklagten dauern noch an. Demnächst werden weitere große Verhandlungen wegen Abtreibung beim Landesgericht München stattfinden, wobei sich über 100 Personen zu verantworten haben.

Hamburg. Hier wurde eine Rente mit hundert Parabelsummen im Werte von 170 000 Mark, die zur Ausführung nach New York bestimmt waren, von unbekannten Dieben aus dem Hofe eines Warenhauses fortgeschleppt.

Zwei Brüder. Das Schwurgericht verurteilte den 30jährigen Logishner Adolf Schwelm aus Kaiserslautern, der im angeklagten Zustand den französischen Gastwirt Leon Moise in Kaiserslautern erschossen hatte, zu vier Jahren Zuchthaus. Zwei Mitangeklagte erhielten je ein Jahr Gefängnis.

### Förderung des Wohnungsbaues

Ein Bauaufschmann schreibt uns: In den Nummern 269 und 272 des „Volksfreund“ vom vorigen Jahrgang wurde über den Wohnungsbaun in Karlsruhe berichtet und dort zum Ausdruck gebracht, daß das bisher gewählte System manche Mängel aufweist, die beseitigt werden sollten. Der Wohnungsbaun soll nun auf eine andere Grundlage gestellt werden wozu einige Bemerkungen notwendig sind.

Das das frühere System verlassen werden soll, dürfte kein Schaden sein, ob sich das neue System bewährt, ist abzuwarten. Es hätte vielleicht auch noch andere Beispiele als die vorgelegene gegeben. Was den Bau Arbeiter anfertigen Strafen anbelangt so überträgt zunächst die Last das hier 100 Proz. der Uebersteuerung durch die Stadt übernommen werden. Es soll dagegen nichts eingewendet werden, weil es vor allem einmal darauf ankommt, daß Wohnungen geschaffen werden. Ob allerdings die Sache so günstig ist, wie es in der Mitteilung des H. d. N. o. r. i. c. h. t. e. n. a. m. e. s. dargestellt wird, ist immerhin eine Frage, die zu lösen man ruhig dem überlassen kann, der sich ein Haus bauen will. Nebenfalls wird sich der private Bauherr vor dem Beginn eine genaue Rechnung aufmachen und da wird er neben dem Risiko, das er etwa bei steigenden Preisen auf sich zu nehmen hat, finden, daß er insbesondere beim Einfamilienhaus, wenn es nicht gerade als Reihenhaus oder Eingangsbaus gebaut wird, mit 400 Kubikmeter umbauten Raumes nicht auskommt. Der über 400 Kubikmeter hinausgehende umbaute Raum wird aber in der Regel nicht bezugsfähig. Wird beispielsweise ein Haus mit 500 Kubikmeter gebaut, was durchaus nicht übermäßig ist, und der Kubikmeter umbauten Raumes wird mit 250 M. Baukosten berechnet, so sind allein für diese 100 Kubikmeter Mehrraum 25 000 M. vom Bauherrn aufzubringen. Dazu seinen Anteil an den 400 Kubikmeter, die bezugsfähig werden, was schon einen netten Betrag ausmacht. Daraus kann man immerhin erkennen, daß die Privatbauwirtschaft in gewissen Grenzen bleiben wird, so günstig die Bedingungen auch scheinen mögen.

Die Stadt wird nach wie vor, wenn sie die Wohnungsnot mildern will, entweder selbst bauen müssen, oder sie wird dazu die Genossenschaften heranziehen. Was uns hier mehr interessiert, ist der Bau durch die Genossenschaften. Auch die Genossenschaft, die an fertige Strafen baut, erhält die Uebersteuerung wie der Privatmann. Es wird auch für die Baukosten ein fester Satz angenommen. Wenn dieser überschritten wird, hat die Genossenschaft die Mehrkosten allein zu tragen. Das ist bei den heutigen Verhältnissen kein geringes Risiko und es wird sich fragen, ob eine Genossenschaft ein solches Risiko wagen kann oder darf. Die Genossenschaft kann allerdings auch nach dem im Jahre 1920/21 geübten System bauen und hat dann einen von vornherein bestimmten Betrag aufzubringen, den Rest übernimmt in voller Höhe die Stadt; sie behält sich aber die Vergütung der Arbeiten durch die Wohnungsbaukommission vor. Ueber die Nachteile dieses Systems sind sich aber wohl alle Beteiligten klar. Am bequemsten und sichersten für die Genossenschaften wäre es in dieser Beziehung, bei dem alten System zu bleiben, jedes Risiko ist für sie ausgeschlossen. Es liegt weniger im Interesse der Genossenschaft als viel mehr in dem der Stadt, daß dieses System verlassen wird, denn sie ist ja schließlich die Leidtragende, wenn das System Fehler hat, die eben Geld kosten.

Ob bei den vom Stadtrat festgelegten Bedingungen die Genossenschaften bauen können und das Risiko auf sich nehmen wollen, ist eine Angelegenheit, die im Schoße dieser Genossenschaften eben geprüft werden muß.

Sehr erschwert ist der Wohnungsbaun dort, wo an neu herzustellende Strafen gebaut werden soll. Hier verlangt die Stadt nicht nur ein Zehntel der Uebersteuerung der Strafen, sondern auch ein Zehntel der Uebersteuerung vom Haus. Diese Bedingungen schließen den Wohnungsbaun der Genossenschaften an neu herzustellende Strafen aus, oder sie erschweren ihn so, daß nur noch solche Leute in die Genossenschaftshäuser kommen, die über die nötigen Mittel verfügen. Nimmt man an, daß ein Haus in der Genossenschaft 100 000 M. verlorenen Verkaufswert aufweist, so muß allein als Zehntel davon der Betrag von 10 000 M. aufgebracht werden. Dazu kommt dann noch, was ohnehin für das Haus an Ertragswert, Grundbesitz und für das Zehntel der Uebersteuerung der Strafenkosten aufzubringen ist, jedoch für ein solches Haus schließlich 20-25 000 M. aufzubringen sind. Wieviel von den Genossenschaftler können dies aufbringen? Und selbst wenn das Geld auf andere Art beschafft wird, etwa durch 2. Hypotheken, so müssen diese Gelder verzinst und getilgt werden. Welche Rente dabei herauskommt, kann man sich ja leicht errechnen. Man kann es ja verstehen, wenn die Stadt nicht ins Blaue hinein neue Strafen bauen will, aber das schließt doch nicht aus, daß man da oder dort, wo es nötig erscheint, eine neue Straße anlegt, wie das anderwärts auch gemacht wird. Schließlich sieht man es ein, wenn die Stadt verlangt, daß auch die Genossenschaft einen Teil der erhöhten Strafenkosten trägt. Das könnte etwa in der Form geschehen, daß die Hälfte der Uebersteuerung von den Genossenschaft aufzubringen wäre, falls aber hierfür verlangt werden, daß auch von der Uebersteuerung des Hauses 10 Proz. von der Genossenschaft zu übernehmen sind.

Es sollen sich etwa 13 Kilometer Strafen für Klein- und Mittelbau eignen. Man sieht sich diese Vorläge mal an und man wird bald sehen, wieviel wirklich zum Bau von Kleinbauten noch übrig bleibt, und was sie kosten. Am Ende handelt es sich jetzt aber auch darum, daß man nicht nur Wohnungen erstellt, sondern auch dadurch zum Volkswohl beiträgt, daß man mit den Wohnungen Gärten schafft. Wer von den vielen Kriegsteilnehmern hat nicht während des Krieges von den schönen Zuckerrüben gehört, die die Kriegserbeimitteln so schön ausmalten?

Ist das alles nun beregnet und sollen nur die allein ein Geschäft haben können, die das nötige Geld dazu haben? Wird der Bau der Genossenschaften an neuen Strafen nicht erleichtert und dadurch den Genossenschaften der Weiterbau ermöglicht, so kommt es so daß die Masse des Volkes die Wohnabgabe bezahlen darf, daß aber nur die „besseren“ Kreise sich mit diesem Geld bessere Wohnungen schaffen können, weil sie in der glücklichen Lage sind, selbst einen größeren Betrag beizubringen. Die Kreise aber, die das erforderliche Kapital nicht haben, können ruhig in ihren schlechten Wohnungen bleiben und die Preise bezahlen, sie werden nie in ein solches mit öffentlichen Mitteln erbautes Haus kommen. Nicht aber allein die Wohnabgabe wird zum großen Teil von denjenigen Schichten des Volkes getragen, die eben keine Kapitalisten sind, auch die Versicherungsbeiträge der Arbeiter und Angestellten werden dem Wohnungsbaun zugute kommen, wie aus einem Artikel des Herrn Hof im „Volksfreund“ vom 25. Januar ausgeht.

Es muß deswegen in der breiten Schicht des arbeitenden Volkes als ein Unrecht betrachtet werden, daß man seitens der Stadt den Bau an neuen Strafen so erschwert, daß er praktisch für die große Mehrzahl der Genossenschaftsmittglieder unmöglich gemacht wird. Schließlich gibt aber auch das Reich und der Bundesstaat zu den Wohnungen nicht unerhebliche Zuschüsse in der Voraussetzung, daß hauptsächlich der Staat zu befördern wird. Was die Stadt aber vor hat, kommt geradezu einer Unterbrechung des Staatsbaues gleich.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Walter Friedrich, v. Alois Ober, Buchdrucker, Hildegard Sophie, v. Josef Göb, Musiklehrer, Walburg Hedwig, v. Eugen Brannath, Lagerarbeiter, Friedr. Erich Paul, v. Heinrich Paul, v. Josef, Polizeiwachtmann, Maria Hilba, v. August Quader, Aufseher, Helmut Reinhold, v. Reinhold Bronner, Kfm., Margarete, v. Dominik Vogel, Schreinermeister, Helmut Waldemar, v. Josef Mann, Reichsbahnbeamter, Jantke Erna, v. Karl Hofmeister, Malermeister.

Todesfälle. Emilie Roth, alt 67 Jahre, Witwe von Karl Roth, Banddirektor, Emil Kuens, Schlosser, Chemann, alt 37 Jahre, Vertha Maul, Malerin, ledig, alt 81 Jahre, Maria Voll, alt 33 Jahre, Ehefrau von Jul. Voll, Parcar, Joh. Müller, Oberrechnungsrat, a. D., Chemann, alt 63 Jahre, Mina Wertheimer, alt 71 Jahre, Witwe von Leopold Wertheimer, Kfm.

## Theater, Kunst und Wissenschaft

### Badisches Landestheater

Uraufführung: „Liebesmächte“

Oper in drei Akten von Rudolf Lothar, Musik von Alfred Lorenz. Die Sache ist ungefähr so: Ein rheinisches Mädchen mit der angenehmen Eigenschaft, Tochter eines valutaraffinierten Bankiers zu sein, sieht sich durch die Schuld eines Grafen vor die Gefahr geführt, in puncto Ehre außer Kurs gesetzt zu werden und nimmt, den Verführer, der sie aus „Wuthe“ heiraten will (seine Nummer!), entriistet zurückweisend, den sich einstellenden sogenannten ersten Besen, der diesmal Franz Körner heißt, zum Doppelbräutigam ihres Kindes. Er ist, da ein Mordbrot und ohne Anstellung, gerade dabei, in den Tod zu gehen und gelangt durch die Heirat zu Macht und Ansehen und noch besserem Aussehen, das aber die Gattin, die er allmählich lieben lernt, nicht bewegen kann, aus der Form der Ehe auch einen Inhalt zu machen. Verbindung! Nichts zu wollen. „Doch mit des Geschickes Mächten...“ Nach Jahren. Das Kind stirbt, wollte den „Frieden“ des Hauses nicht stören. Geburtstagsfeier Maras (so heißt die Dame). Geladen vom ahnungslosen Franz stellt der Graf sich ein, ist Kavallerie genug, auf Vornoten in das Schloßgemach der gnädigen Frau zu gleiten: Bekleidung der wackligen Stütze der Hausfrau. Wird vom Hausherrn selber mit erhobenem Scheitbuch wiederholt. Resultat: Ein Schlafzimmer, eine Frau, zwei Männer, pardon: ein Herr und ein Mann. Dieser, wir kennen ihn bereits als Franz Körner, den sympathischen Gemahl der Millionen, wird durch sein liebesmüdiges Betragen in der Szene zwischen ihm und dem Grafen, endlich von seiner Frau auch geliebt. Der Graf schließt ab, die Liebesmächte wird zur Liebesnacht zusammengeschlossen, Verführung, Tränen usw. usw. „Das macht die Liebe...“ Soweit die Hochmüßler des Regiments.

„Hier ist mein Scheitbuch“ singt der Held einmal. Scheitbücher sind noch besser zu vertonen, wie solche Textbücher. Es gehört schon die außerordentliche Gestaltungsart eines Alfred Lorenz dazu, etwas daraus zu machen. Und natürlich, er hat etwas daraus gemacht! Zwar, mindestens so zufällig, wie Franz Körner, der sympathische Mordbrot auf die Bühne, kom Lorenz zu diesem Text, der sämtliche Vorzüge der abfahrlässigen Kolportage besitzt und den unbedürftigen Anspruch erhebt, auf eine verballhornte Novelle Jolas zurückzugehen. Der Musiker Lorenz hätte sich anscheinend hingewandt von einer gewissen Glut des Besessenen. Und er hat das dürftige Gehäule mit einem so feinen musikalischen Gespinnnt umwoben, daß dabei nur eines zu bedauern bleibt: Man versteht die Leute auf der Bühne durch die feine, vornehmste Behandlung des Orchesters, zu gut, all zu

gut, um ganz dem Genuß der reichen musikalischen Schönheiten sich hingeben zu können.

Ohne strophischen Klammern, frei von aller übertriebenen Verweigerung des sogenannten modernen Orchesters, klingt diese Musik, geboren aus dem Geist echter künstlerischer Potenz, Lorenz — und wie sollte er nicht! — ist ein Meister in der Beherrschung der musikalisch-dramatischen Ausdrucksmittel der Instrumente. Es wird ihm nicht so schnell einer der Deutigen diese Noten, mit allerliebstem Verständnis gegebenen außerst fetten Aligombinationen der Holzbäser nachmachen! Wie er zur dramatischen Linie durch geschickte Behandlung des Streichkörpers gelangt, ist ebensovorbildlich, wie der ganze, feinsinnige Aufbau, für den das Terzett des ersten Aktes und der ganze letzte Akt das beste Zeugnis ablegen.

Eine Oper im modernen Salongewande fehlte bis heute, abgesehen von einigen, trotz aller musikalischen Werte nicht mehr lebensfähigen Einakter und insofern wäre der Name des Textes von Lorenz' neuer Oper nur zu begrüßen gewesen. Aber das Bild zeigt zu gewalttame, zu abfahrlässige Jüge, die nur die prächtigen Farben der Lorenz'schen Palette übermalen konnten. Was die Stimmungsmalerei angeht, so ist der zweite, der Vollakt, kaum zu überbieten. Hier leuchten nicht nur die Lichter des Saals.

Die Darstellung war in der Hauptbetrieung erstklassig: Rudolf Behr als Hausherr bringt äußerlich alle Bedingungen für die Rolle mit. Lorenz bezugst die Variationen, wie aus einem seiner feinsten Werke, aus „Finale“ noch erinnere ich. Da unsere Bühne außerdem noch den Vorzug hat, einen Vorboten zu besitzen, war die Vorzüglichkeit der Darbietung ohne weiteres gesichert. Im Aussehen famos, stimmlich durchhaltend und durchdringend, bot der vortreffliche Künstler erstklassiges. Sodb. Jacema-Drägelmann wußte das Rivalliererte des unvollständigen Textes in die Kultur ihrer reifen Künstlerkraft aufzunehmen und durch den Reiz ihrer Persönlichkeit und ihrer weichen stimmlichen Mittel die Partie der Maras zu vertonen, was sie nach dem Text dringend nötig hat. Wily Jillen als Graf lang sehr gut und viel zu verständlich, kam aber mit unbedeutend ungeschickter Fäulnis und ungeschicktem Vorkord. Bei einem Grafen dieser Qualität erscheint auch die den Träger ehrende Künstlermerkmale, besonders bei dem Auftritt „nach Josen“, als ziemlich unangenehm. Rudolf Glah als Bankier ließ fast wie ein Kaffeebrenner. Alfred Moller-Tomisch, die die intrigante, schockierende Hausdame mimen mußte, hatte nicht unter den Schminken eines ob dieser Bescheidenheit enttäuschten Publikum zu leiden. Das Orchester spielte vortrefflich. Das Orchesterkapelle großartig. Hans Puffard hatte die feinsinnige Leitung. Die Hervorrufe des verdienten Komponisten waren endlos.

## Aus der Dmst

Karlsruhe, 1. Februar.

### Geschichtskalender

1. Februar. 1620 Beginn der Gegenreformation in Pöbmen. — 1798 Der franz. Nationalkonvent erklärt England den Krieg. — 1910 Der Dichter Otto Julius Bierbaum in Dresden.

### Karlsruher Parteinaufrichten

Bezirk Altstadt. Heute Mittwoch, 1. Febr., abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthaus „Waldbörn“, Durlacherstraße, Bezirksversammlung statt mit Vortrag des Gen. Böhringer. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Auch Volkstribunale sind freundlich eingeladen.

Bezirk Mittel- und Südweststadt. Heute Mittwoch, den 1. Febr., abends 8 Uhr, findet im „Sohentheil“ Bezirksversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

### Die Steuerkämpfe im Reichstag

In allen Bevölkerungsschichten wurden die Steuerkämpfe mit lebhaftem Interesse verfolgt, besonders regen Anteil nahm daran die sozialdem. Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft. In einer morgen Donnerstag abends 8 Uhr in der „Goldsenen Krone“ stattfindenden Vertrauensmännerversammlung wird Gen. Reichstagsabg. Schöpflin über die Steuerkämpfe berichten und den Standpunkt der sozialdem. Fraktion darlegen. Vertrauensleute, ersicht zahlreich!

### Achtung! Betriebsräte! Achtung!

Allen Teilnehmern an den Betriebsräte-Kursen zur Nachricht, daß die regelmäßigen Unterrichtsstunden heute Mittwoch abends 8 Uhr beginnen. Es wird erwartet, daß alle Teilnehmer pünktlich erscheinen.

### Errichtung von Beamtenstellen

Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage des Stadtrats über den Beamten-Stellenplan zur Beschlußfassung zugegangen. In der Begründung dazu wird u. a. gesagt: „Der Stellenplan ist im Einklang mit der örtlichen Beamtenverteilung aufgestellt. Es darf festgesetzt werden, daß die dazu vorliegenden zahlreichen Anträge der Beamtenchaft in durchaus wohlwollendem Sinne behandelt werden sind. Mit Rücksicht auf die Tatsache und den späten Zeitpunkt der Aufstellung des Planes erscheint es gerechtfertigt, ihn ausnahmsweise auch für das Wirtschaftsjahr 1922/23 gelten zu lassen; die Beamtenverteilung hat auch hier zugehört.“

Der Stellenplan sieht 1609 händige Stellen vor, bringt also gegenüber dem letzten mit 1574 eine Vermehrung um 35 Stellen. Die neuen Stellen werden von 20 feitherigen Ausschüssen angefüllt und 15 Beamten einernommen werden. Ziel Gründe, welche die Vermehrung erforderlich machen, sind: Die Verweigerung der Gesamtzahl der händigen Beamten ist zu berücksichtigen, daß darunter 151 Personen entfallen sind, die in der Industrie und auch wohl in anderen Städten nicht als Beamte, sondern als Arbeiter geführt werden, ferner 44 Beamtenstellen. Die derzeitige Gesamtzahl der Angestellten beträgt 1762, nämlich 1293 planmäßige, 133 außerplanmäßige, 62 vertragsmäßige und 301 Zuschlagsangestellte. Von letzteren werden 3. Bt. 94 auf den oben erwähnten 1609 händigen Stellen geführt während 42 bei den im Stellenplan nicht aufgenommenen Wirtschaftsbereichen (Nahrungsmittelamt, Brennlokalamt und Bekleidungsamt) sind. Der Rest mit 168 ist bei verschiedenen händigen Beamten beschäftigt. Gegenüber der in der Begründung zum letzten Stellenplan am 1. Dezember 1920 errechneten Gesamtzahl der Angestellten mit 1870 bedeutet der Stand am 1. Januar 1922 mit 1762 eine Verminderung um 108. Neben Beamten der Kolonialbahn und anderer Dienststellen betrifft sie vor allem die Ausschlagsangestellten, von denen 88 ausgeschieden sind.

Bei den Kriegesängstern, bei denen einschließlich des Wohnungsamtes und Müllamtes am 1. Dezember 1920 noch 154 gegen 88 am 1. Januar 1922 beschäftigt waren, erklärt sich der Rückgang zum Teil aus der allmählichen Verringerung des Aufgabekreises dieser Beamten. Im übrigen war die Stadtverwaltung bemüht, dem Personalstand, der nach der Rückkehr der Beamten aus dem Felde infolge der aus sozialen Rücksichten gebotenen Beibehaltung der während des Krieges eingestellten Ausschlägen eine erhebliche Vermehrung erfahren hatte, allmählich entsprechend der fortschreitenden Besserung des Arbeitsmarktes und in Anbängung an den jeweiligen Geschäftsstand wieder auf das normale Maß zurückzuführen. Das gleiche wurde, ebenfalls unter möglichster Berücksichtigung einer Arbeitslosigkeit, hinsichtlich des Personalstandes der Arbeiter angestrebt. Der Erfolg drückt sich in der Tatsache aus, daß einem gesamten Beamten- und Arbeiterstand von 3919 Anfang 1920 und von 3734 Ende 1920 ein solcher von 3429 am 1. Januar 1922 gegenübersteht.

Die Ortsgruppe Karlsruhe im Stiffbund für die vertriebenen Elsaß-Lotharinger im Reich veranstaltete am Samstag den 21. Januar d. J. im „Kühlen Krug“ ihre diesjährige Weihnachtsfeier. Zahlreicher und zum Teil namhafter Spenden war es möglich, das fest großzügig zu gestalten und 220 Kinder unserer Mitglieder reichlich zu bescheiden. Ein vorzügliches Programm, unter Mitwirkung von Hrn. F. g. n. e. s. Hermann (Ehem. Mitglied des Straßburger Stadttheaters und der Württemberg. Festspiele), Hrn. G. r. e. t. e. l. P. o. l. h. m. a. n. n., Hrn. P. o. l. h. m. a. n. n., der Musik, der Gesangs- und der Theaterabteilung der Ortsgruppe umarmte in einmündiger Weise die Kinderbesucher. Nach einigen einleitenden Musikstücken der Kinderchorleitung, unter Leitung des Herrn Hugo Büttner, und Vortrag eines gemächlichen Chors der Gesangsabteilung, „Honne an die Nacht“, unter Leitung des Herrn Rothmann, und einem von Hrn. Germaine Rothmeier gesprochenen Prolog, richtete der derzeitige Leiter der Ortsgruppe einige Worte der Begrüßung an die Erschienenen und dankte den mündigen Spendern und allen Mitwirkenden und wies auf die Bedeutung des Weihnachtsfestes und die Notwendigkeit des Zusammenstehens hin. Nach solchen nun die einzelnen Darbietungen. Mit großer Spannung erwartete nun die Kinderchor die Aufführung des Skizzenstücks „Großmütterchen Erzählung“, vorstellte und gespielt von Kindern der Ortsgruppe, für deren Gelingen sich die Herren von unserer Theaterabteilung, Weder, Rothmeier und Runge ganz besonders verdient gemacht haben. Nun folgte der Glanzpunkt der Veranstaltung: die Kinderbesucher. Im Hintergrund des Weihnachtsbaumens kamen in langer Reihe die Kleinen, um ihre Geschenke (jedes Kind 25 M. in bar und Geld) in Empfang zu nehmen. Ueberall Jubel! Damit hatte die Hauptfeier ihre Enden erreicht. Ein gemächliches Köstchen bildete den Schluß der in allen Teilen wohlgeleiteten Veranstaltung.

Landestheater. In der Freitag, den 3. Februar, im Konzertsaal stattfindenden Aufführung von „Sabala und Siebe“ (Volksbühne F. B.) wird Fräulein Charlotte Dada vom Stadttheater in Münster i. W. als Luise auf Anstellung gastieren.







